## Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 20 569 Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

## **Schriftliche Anfrage**

der Abgeordneten Dr. Kristin Brinker und Hanno Bachmann (AfD)

vom 19. August 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. August 2019)

zum Thema:

Die fiskalischen Lasten der ungesteuerten Zuwanderung der Ära Merkel – Teil 11 von 19

und **Antwort** vom 29. August 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Sep. 2019)

Frau Abgeordnete Dr. Kristin Brinker (AfD) und Herrn Abgeordneten Hanno Bachmann (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/20569 vom 19. August 2019 über Die fiskalischen Lasten der ungesteuerten Zuwanderung der Ära Merkel – Teil 11

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Wie sind für die sich in Berlin aufhaltenden Asylsuchenden die Asylverfahren ausgegangen (bei Doppelnennungen mit Hinweis und Anzahl bei den jeweiligen Buchstaben), nach Fallzahlen mit

- a) einer Erteilung / Ablehnung einer Aufenthaltserlaubnis,
- b) einer Erteilung / Ablehnung einer Duldung [differenziert nach Gründen, die eine Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht ermöglichen; Abschiebungstopp; Ausbildungsduldung; Ermessensduldung; sonstigen Gründen (mit Angabe von Fallgruppen)],
- c) einem Widerrufs- und Rücknahmeverfahren,
- d) einer Aufenthaltsbeendigung,
- e) Einreise- und Aufenthaltsverboten,
- f) einer versuchten bzw. abgebrochenen Abschiebung (mit den Gründen für das Scheitern),
- g) einer tatsächlichen Abschiebung (mit ergänzender Nennung der Anzahl von Personen, die wieder eingereist sind, differenziert nach dem weiteren Vorgehen in diesen Fällen)? jeweils differenziert nach den Kalenderjahren 2014 bis 2018 und 2019 bis zum 30. Juni; Bestandsfällen, Neufällen und Gesamtfällen; nach Herkunftsländern getrennt; nach Geschlechtern; nach Altersgruppen; nach Erst-, Folge- und Zweitanträgen?

## Zu a) bis g):

Es liegen keine (separaten) statistischen Auswertungen hierzu vor.

Berlin, den 29. August 2019

In Vertretung

Sabine Smentek Senatsverwaltung für Inneres und Sport